

Die gegenwärtige Lage der Leinen-, Baumwollen- und Wollen-Industrie ist eine recht günstige; die mechanische Weberei in Linsen hat ihre Produktion um etwa ein Drittel des Betriebes verstärkt.

Die Ziegeleien hatten in letzterer Zeit größeren Absatz und bessere Preise zu verzeichnen.

Der Glashüttenbetrieb endlich hat sich im Allgemeinen gebessert und der Export nach England und Süd-Amerika ist gestiegen.

Die Rübenzucker-Industrie erobert von Jahr zu Jahr ein größeres Gebiet und steht überall in voller Blüthe. Neuerdings gewinnt sie auch in den westlichen Provinzen, namentlich in der Provinz Hannover, immer mehr an Ausdehnung und veranlaßt eine stetige Vermehrung der Fabriken. Im Bezirke des Hauptsteueramts Hildesheim ist in der diesjährigen Campagne an Rübensteuer aus 24 Fabriken die hohe Summe von über 8,600,000 M. aufgefunden. Ebenso erweitert sich der Betrieb in den östlichen Provinzen. Nach Fertigstellung der projectirten ca. 16 Kilometer langen, bis in die Gegend des Städtchens Witkowo sich hinziehenden Rübenbahn wird im Regierungsbezirk Bromberg ein Areal von ca. 25 bis 30,000 Morgen erschlossen werden, welches zum Rübenbau trefflich geeignet ist. Die Zuckerrfabriken im Kreise Inowrazlaw haben höchst erfreuliche Resultate der diesjährigen Campagne zu verzeichnen. So hat eine Fabrik 1,129,614 Centner Rüben verarbeitet und die übrigen Fabriken sind wenig hinter dieser Ziffer geblieben.

Die Ausschüsse des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr haben beantragt, daß die von den Zoll- und Steuerdirectivbehörden aufzustellenden Jahresübersichten über die Einnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Steuern, sowie die Zusammenstellung und Veröffentlichung derselben durch das Kaiserliche statistische Amt vom laufenden Jahre ab in Wegfall kommen.

Schon seit einiger Zeit ist die Beobachtung gemacht worden, daß die Landwirthschaft sich neuerdings mehr und mehr auf die bisher vernachlässigte Schweinezucht legt. Neuere Berichte aus verschiedenen Theilen der Monarchie bestätigen diese Beobachtung und fügen hinzu, daß sowohl die Qualität, als auch die Zahl der zum Angebot gelangten Schweine die bereits hoch gestellten Erwartungen in der Fleischwaaren-Industrie übertrifft. Die Landwirthe waren durch die großen Futtermengen der vorjährigen Ernte in den Stand gesetzt, die Mastung erheblich weiter auszudehnen, als in früheren Jahren. Unter diesen Umständen haben die Fleischwaaren-Fabrikanten ein bedeutend größeres Quantum von inländischen Schweinen verarbeitet als im Vorjahre. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Verbot der Einfuhr von amerikanischen Schweinen und Schweinefleischwaaren sehr zur Hebung der inländischen Schweinezucht beiträgt.

### Personalien.

Der bisherige Fabrikdirector Dr. Georg Herzog in Oppeln ist zum Director der königlichen Porzellan-Manufactur in Berlin ernannt worden.

Der Landrath Lillie in Ortelsburg ist zum Regierungsrath ernannt worden.

### Parlaments-Bericht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses heute, Montag, den 25. Juni, machte der Präsident Mittheilung über die Frage wegen des Baues eines Geschäftshauses für den Landtag. Nachdem sich in den vorausgehenden Verhandlungen herausgestellt habe, daß für das Herrenhaus kein Bedürfnis zu einem Neubau vorläge, bliebe nur übrig, für ein neues Abgeordnetenhaus Vorbereitungen zu treffen. Um die Frage des Bauplatzes entscheiden zu können, wäre es nöthig gewesen, eine Vertheilung der Räume aufzustellen und er habe dazu eine Skizze entwerfen lassen, welche den beteiligten Behörden übermittelt sei. Zur 3. Berathung der kirchenpolitischen Vorlage hatten sich 7 Redner, 3 gegen und 4 für den Entwurf angemeldet. Nachdem Abgeordneter Götting, dessen Rede durch häufige Zwischenrufe unterbrochen wurde, sprach Abgeordneter Stöcker für das Gesetz. Er trat zunächst der Ausführung des Abg. Götting, daß die Conservativen daran schuld wären, wenn wir nach Canossa gehen müßten, in eingehender Weise entgegen und ermahnte das Centrum unter Hinweis auf verschiedene Momente, ihre Ansprüche nicht zu übertreiben. Die Rede war von unverkennbarer Wärme getragen und stellte den Forderungen der katholischen Partei das protestantische Bewußtsein mit Entschiedenheit gegenüber. Abg. v. Gynern wies darauf hin, daß die Conservativen die Vorlage als einen Anfang des Friedens bezeichneten und eine volle Versöhnung des Centrums erwarteten; das Centrum habe ihnen darauf keine befriedigende Antwort gegeben. Die Rede des Abg. Stöcker, der seine Angriffe namentlich gegen die Linke gerichtet habe, erinnere an die bedauerlichen Kämpfe zwischen Lutheranern und Calvinisten, welche den Katholiken zu gute gekommen seien. Seine Glaubensgenossen selber bekämpfe er, den katholischen Gläubigen käme er aber entgegen. Wenn diese Vorlage nicht eine Entrüstung im ganzen Lande hervorrufe, so wäre das nur der Unterschrift des Fürsten Bismarck zu danken, dem man im Volke eine Beugung unter die römischen Ansprüche nicht zutraue. Wenn eine solche Noth in der Seelsorge bestände, wie es das Centrum immer behaupte, so sollten doch die zahlreichen Priester, welche dem Abgeordnetenhaus angehörten, lieber ihre heiligern dringenderen Pflichten erfüllen, als hier den Führern des Centrums Beifall zu klatschen. Kultusminister v. Götler erklärte, daß er für den Appell von Seiten der Protestanten stets ein offenes Ohr habe, aber von seinem Bewußtsein als Protestant könne er die Geschäfte in einem paritätischen Staate nicht leiten. Was die Schule anlange, so stände er auf dem Boden des Schulaufsichtsgesetzes. Hinsichtlich der Einsetzung von katholischen Geistlichen zu Schulinspektoren ginge er von dem Grundsatz aus, daß sich diese geistlichen Inspektoren nur als Mandatäre des Staates fühlen dürften. Der Minister schloß mit dem Satz, daß die Vorlage gewiß in der katholischen Bevölkerung eine friedlichere Stimmung hervorrufen werde. Nach den Abgg. Bachem und Dr. Virchow schloß Abg. Dr. Windthorst die Reihe der Redner. Er wendete sich namentlich gegen die Ausführungen der nationalliberalen Redner. Wegen einer Aeußerung gegen den Abg. v. Gynern mußte er zur Ordnung gerufen werden. Er bezeichnete die heutige Debatte als einen Extrait alles dessen, was den Kulturkampf während seiner ganzen Dauer gezeitigt habe. Die Specialdiskussion wurde ohne Debatte erledigt und dann in namentlicher Abstimmung das Gesetz mit 224 gegen 107 Stimmen angenommen und die Sitzung nach Erledigung des Entwurfes über die Westholsteinische Eisenbahn vertagt.